

Keine Katerstimmung in Ilmenau



Die Suhler Delegierten v.l.n.r.: Ina Leukefeld, Heidemarie Schwalbe, Ilona Burandt, Georg Seidler, Philipp Weltzien
Foto: Ilona Burandt

Wer erwartet hatte, dass die 1. Tagung des 6. Landesparteitages ausschließlich zum Wundenlecken und für Gremienwahlen genutzt wird, wurde eines Besseren belehrt. Die LINKE in Thüringen präsentierte sich am 25./26. November in Ilmenau als kampflustig und zukunftsorientiert.

So nutzte die Landesvorsitzende Susanne Hennig-Wellsow ihren Rechenschaftsbericht des Landesvorstandes und des Fraktionsvorstandes im Thüringer Landtag für deutliche Worte. Sie erläuterte zum wiederholten Male, welchen Unterschied es macht, dass R2G in Thüringen die Regierung stellt. Exemplarisch seien hier nur das kostenfreie Kita-Jahr, Förderungen für sozialen Wohnungsbau und mehr Jobs im öffentlichen Beschäftigungssektor für Langzeitarbeitslose genannt. Trotzdem hielt sie auch mit einer kritischen Analyse zur gesellschaftlichen Verfassung der Partei nicht hinterm Berg. Mit Hilfe ihrer eigenen Kindheitsgeschichte skizzierte Susanne, wie DIE LINKE bzw. PDS sich in den Nachwuchsjahren, gerade im Osten der Republik, etablierte. Zentraler Punkt dabei war und ist immer die Bürgernähe gewesen. Hier sei es in den letzten Jahren zu Veränderungen gekommen. Das Transportieren unserer Inhalte gestalte sich durch unterschiedlichste Gründe zunehmend schwieriger. So sei natürlich der Rückgang der Mitgliederzahlen, aber auch eine rückläufige Verwurzelung der Partei in der Gesellschaft, z.B. in Vereinen und Verbänden, ein zunehmendes Problem. Den Suhler Genossen war diese Einschätzung nicht fremd, war sie doch eine der Erkenntnisse aus der Aktivbe-

ratung einige Wochen zuvor. Sowohl auf Landesebene als auch in der Kommune gestalten sich politisches Engagement und Wahlkämpfe durch die Nachwuchsprobleme immer schwieriger.

Susanne nahm zum Ende ihrer Rede eine wichtige Hausaufgabe für den neuen Landesvorstand mit. Er wird mit den unterschiedlichsten Partnern ein Regierungsprogramm für die Landtagswahlen 2019 entwickeln müssen, welches weit über das Jahr 2019 reichen muss. Die Weichen müssen auf „Gestalten“ gestellt werden.

Bevor Ministerpräsident Bodo Ramelow ans Mikrofon treten durfte, war es dem Parteitag ein Bedürfnis, Geschlossenheit und Solidarität vorzuleben. Unter großem Applaus verabschiedete man die Resolution zur Solidarität mit den Beschäftigten bei Coca-Cola und Siemens, die Opfer verfehlter kapitalistischer Unternehmenspolitik werden sollen. Die besondere soziale und regionale Verantwortung dieser großen Unternehmen darf nicht der Gewinnmaximierung geopfert werden!

Wie aufs Stichwort eröffnete Bodo seine Rede mit Erinnerungen seiner eigenen gewerkschaftspolitischen Anfänge. Wie auch Susanne beschrieb er kurz seine Beweggründe zum Parteieintritt und warum es die PDS wurde, obwohl man 1999 als Gewerkschafter eher mit SPD- oder CDU-Parteibuch Karriere machte. Wie für viele Mitglieder war auch für ihn entscheidend, dass die PDS und heute DIE LINKE die einzige konsequente Friedenspartei in Deutschland ist. (Fortsetzung auf Seite 2)

Als Stadt des Friedens

ist Suhl nun endlich der Organisation „Mayors for Peace“ beigetreten. Der Antrag für den Beitritt war von den Fraktionen der LINKEN und der SPD gemeinsam in die Sitzung des Stadtrates am 23. August 2017 eingebracht worden. In Deutschland sind 540 Kommunen in der 1982 vom damaligen Bürgermeister von Hiroshima, Takeshi Araki, ins Leben gerufenen Initiative Mitglied. Die von der UNO registrierte nichtstaatliche Organisation verfolgt das Ziel einer friedlichen Welt ohne Atomwaffen. Hannover, seit Juli 1983 Mitglied, ist die deutsche „Lead City of Mayors for Peace“.

Die atomare Bedrohung des Friedens ist in den letzten Jahren gewachsen. Gerade in dieser Situation kam der Beschluss des Suhler Stadtrates zum Beitritt zwar spät, aber nicht zu spät. Völlig unverständlich ist, dass ein Stadratsmitglied gegen den Beschluss stimmte und sich vier Stadträte der Stimme enthielten. Wenn eines stimmt, dann ist es dies: dass der Kampf für die Beseitigung der Atomwaffen noch viel intensiver geführt werden muss. Aber: es gibt Zeitgenossen, die notwendigen Überlebensstrategien der Menschheit keine Chancen geben wollen.

Nun kommt es darauf an, mit vielfältigen Aktivitäten die Pflichten der Mitgliedschaft zu erfüllen, insbesondere durch die Unterstützung der Internationalen Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen (ICAN), die am 10. Dezember den Friedensnobelpreis verliehen bekam. Eine ins Leben zu rufende Arbeitsgruppe des Stadtrates, der Mitglieder aller Fraktionen und andere Bürgerinnen und Bürger angehören sollten, müsste den Aktionsplan der „Mayors for Peace“ für Suhl mit Leben erfüllen.

– ECKHARD GRIEBEL –

Keine Katerstimmung in Ilmenau (Fortsetzung von Seite 1)

Im Mittelpunkt der Ausführungen von Bodo stand aber die Analyse zur Veränderung der Partei. Nicht nur personell sondern auch inhaltlich habe sich DIE LINKE von der „Ostpartei“ zu einer bundesdeutschen Partei gewandelt ohne ihre sozialen Kernkompetenzen zu vergessen. Die Erkenntnisse aus dem „Ausbluten“ ganzer Landstriche in der Nachwendezeit müssen heute in die Parteiprogramme im Westen einfließen, da dort ganze Regionen darauf zusteuern.

Die größten Herausforderungen der nächsten Jahre sind laut Ramelow die Rettung und Stärkung des ländlichen Raumes, längeres gemeinsames Lernen inkl. neuer Bildungswege, die Steigerung von Ausbildungsqualität ab dem Kindergarten bis ins Alter, Wege aus der Langzeitarbeitslosigkeit sowie die Integration von Flüchtlingen.

Abschließend warb der Ministerpräsident in Bezug auf die schwierige Gebietsreform für mehr Kooperation statt Konfrontation bei den Gemeindegemeinschaften.

Sowohl Bodo Ramelow als auch Susanne Hennig-Wellsow bereiteten den Parteitag inhaltlich ideal auf die Beschlussfassung des Leitantrages vor. Unter dem Titel: „Sozial, demokratisch und sozialistisch: Für eine starke Linke!“ finden sich in diesem Antrag eine kritische Wahlauswertung, kurz- und mittelfristige Wahlziele und ein konkreter umfangreicher Maßnahmenkatalog zur Erreichung dieser Ziele. Den kompletten Beschlusstext sowie alle anderen Beschlüsse des Parteitages gibt es online unter dem untenstehenden Link.

Der erste Tagungstag endete mit den Wahlgängen für den neuen geschäftsführenden Landesvorstand. Dieser trat vollständig wieder zur Wahl an, jeweils ohne Gegenkandidaten. So wurde Susanne Hennig-Wellsow wieder zur Landesvorsitzenden gewählt. Steffen Dittes und Bernd Fundheller sind ihre Stellvertreter. Neue und alte

Landesgeschäftsführerin ist Anke Hofmann-Domke. Landesschatzmeister bleibt Holger Hänsgen.

Tag 2 begann mit der Beratung zu diversen Anträgen. Diese sind auch auf der Website des Landesverbandes in voller Länge nachzulesen. Der Parteitag hat sich in zwei Beschlüssen friedenspolitischen Themen gewidmet. So fordern wir die Bundesregierung auf, sich dem Atomwaffenverbotsvertrag der UNO vom 07. Juli 2017 anzuschließen und lehnen die Schaffung einer europäischen „Verteidigungsgemeinschaft“ ab. Zwei Anträge, die die Suhler Genossen aus der Stadt des Friedens mit ihrer „Mayor for Peace“-Mitgliedschaft nur zu gerne unterstützt haben.

Ein Antrag war bereits zwei Tage vor dem Parteitag in den Medien verbreitet worden. Dieser zeigt, dass Kinder eine zentrale Rolle für die Thüringer Landesregierung spielen. So soll der 1. Juni als Kindertag zukünftig in Thüringen ein gesetzlicher Feiertag sein. Einen schöneren Grund für einen neuen (nichtkirchlichen) Feiertag kann es kaum geben.

Den Abschluss des Parteitages bildeten die Wahlen des erweiterten Landesvorstandes. Nachdem einige bishe-

rige Landesvorstandsmitglieder nicht wieder zur Wahl antraten, war einiges an Veränderung zu erwarten.

Der Suhler Stadtverband hatte sich im Vorfeld mit den Kreisverbänden aus Sonneberg, Hildburghausen und Schmalkalden-Meiningen auf die gemeinsame Kandidatur von Patrick Beier, dem jungen Kreisvorsitzenden aus Meiningen, verständigt. Diese Geschlossenheit und eine starke Vorstellung von Patrick hat zu einem souveränen Einzug in den Landesvorstand geführt.

Wir wünschen Patrick und allen anderen Vorstandsmitgliedern für die kommende Legislatur viel Erfolg und Glück. Der Aufgabenberg ist nicht klein und es gibt nicht weniger zu gewinnen als die nächste Landtagswahl.

Die LINKE in Thüringen analysiert, debattiert, regiert und erneuert sich in Ilmenau.

Sozial, demokratisch und sozialistisch: Für eine starke Linke!

Link zu Beschlüssen und Unterlagen: www.die-linke-thueringen.de/partei/organe/landesparteitag/ilmenau_november_2017/

VOM LANDESPARTEITAG
-PHILIPP WELTZIEN-

Bewerbung für den Deutschen Wandertag 2021

Durch eine Initiative unserer Fraktion wurden die Weichen gestellt, dass Suhl als anerkannter Erholungsort sich aufmacht, den Wanderfreunden aus ganz Deutschland die Schönheit unserer Umgebung zu zeigen und darüber hinaus ein guter Gastgeber zu sein. Nachdem wir in Eisenach die letzten Gastgeber eines Wandertages gesprochen hatten, bekamen wir Mut, dieses Vorhaben

umzusetzen. Wir bauen dabei auf die Freundlichkeit und den Einsatzwillen der Menschen in unserer Stadt.

Der Stadtrat hat in seiner 37. Sitzung am 20. September 2017 einstimmig auf Antrag der Fraktion DIE LINKE. beschlossen, sich für die Ausrichtung des Deutschen Wandertages 2021 in Suhl zu bewerben.

-FRED KORN-

Stadtratstelegramm 38. Sitzung am 25.10.2017

+++OB informiert über die Umsetzung des Beschlusses „Mayors for Peace“+++ Flagge der Bewegung im Sitzungssaal präsentiert+++OB informierte zur Entscheidung des Freistaates Thüringen, den Standort Suhl-Friedberg zur Erstaufnahmeeinrichtung zu profilieren+++ Sondernutzungsgebührensatzung neu gefasst +++Bauleistungen für das Vorhaben „Ausbau Heidersbacher Straße“ in Goldlauter vergeben+++

Stadtratstelegramm 39. Sitzung am 22.11.2017

+++Information des BM zur Umsetzung eines Beschlusses des Stadtrates zur Zooschule vom Oktober 2016 +++entsprechende Planung wird in Auftrag gegeben+++Stadtrat beschloss Haushaltsvorgriff für 2018 zur Sicherung der Durchführung kommunaler Beschäftigungsmaßnahmen im Jahr 2018+++neue Richtlinie zur Förderung kultureller, künstlerischer, touristischer und sozio-kultureller Projekte und Veranstaltungen beschlossen+++Antrag zur Sicherung eines zweiten radiologischen Arztsitzes in Suhl bestätigt+++OB leitet entsprechende Schritte ein+++Anschaffung einer Drehleiter für die Feuerwehr beschlossen+++

Suhler ANDERE Zeitung. Monatsumschau für Links- und Querdenker, Mitteilungsblatt der Partei DIE LINKE. Suhl, erscheint monatlich im Selbstverlag, Preis: eine Spende

Herausgeber: DIE LINKE. Stadtvorstand Suhl, Rüssenstraße 19, 98527 Suhl

Tel./Fax: 03681/308158; www.die-linke-suhl.de

e-Mail: rgeschaeftsstelle@die-linke-suhl.de

IBAN DE59 8405 0000 1705 0071 51;

BIC HELADEF1RRS, Rhön-Rennsteig-Sparkasse Suhl

V.i.S.P.: Eckhard Griebel, Beerbergstr. 5 • 98528 Suhl

Alle Autoren arbeiten ohne Honorar. Einzelne Beiträge müssen nicht in jedem Falle mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen

Redaktionsschluss unserer Februar-Ausgabe 2018 ist am 26.01.2018

Altersarmut auch in Suhl Realität

Altersarmut ist ein Thema, welches in der Politik zwar oft diskutiert wurde und wird, zu welchem aber bisher wirkungsvolle Entscheidungen fehlen.

„Wie drastisch Altersarmut sich künftig entwickelt, zeigt eine neue Studie der Wirtschaftsforschungsinstitute DIW und ZEW im Auftrag der Bertelsmann Stiftung. Jeder fünfte 67-Jährige wird demnach 2036 von Altersarmut bedroht sein. Das Armutsrisiko der Neurentner steigt...von derzeit bundesweit 16,2 Prozent auf 20,2 Prozent.“ (SPIEGEL ONLINE 26.06.2017)

Bisher betroffen sind hauptsächlich alleinstehende Frauen, Langzeitarbeitslose und schlecht Qualifizierte. Besonders in Ostdeutschland, wo nach 1990 viele Arbeitnehmer von Arbeitslosigkeit oder mit Minijobs betroffen waren,

werden viele von Altersarmut betroffen sein.

Um einen aktuellen Überblick über die Situation unserer Suhler Rentner zu erhalten, hat der Seniorenbeirat in seiner in diesem Jahr durchgeführten Seniorenbefragung nach dem Nettoeinkommen gefragt. Von den 900 ausgegebenen Fragebögen wurden 210 durch die Befragten bearbeitet. Danach haben 46 Personen ein Haushaltseinkommen unter 1000 EURO.

Laut Statistik liegt eine Armutsgefährdung vor, wenn das Haushaltseinkommen in einem Einpersonenhaushalt unter 925 EURO liegt. Für einen Zweipersonenhaushalt liegt die Grenze bei 1388 EURO. Legt man diese Angaben zugrunde, sind mindestens 21% der in unserer Seniorenbefragung Befragten armutsgefährdet.

Der Seniorenbeirat der Stadt Suhl hat die Kommunalpolitik schon seit Jahren auf diese Situation aufmerksam gemacht, damit bei Entscheidungen auf kommunaler Ebene, wie z.B. der Erhalt moderater Mietpreise, Einfluss genommen wird. Auch auf Landesebene wurde auf Initiative des Beirates das Thema in Verbindung mit Wohnraumförderprogrammen im Landesseniorenrat behandelt.

Für uns als Seniorenbeirat sind die Befragungsergebnisse Auftrag, sowohl in den Landesgremien der Senioren als auch bei den Kommunalen Gremien auf diese Situation aufmerksam zu machen und Schritte zum Gegensteuern zu verlangen.

-RÜDIGER MÜLLER-
VORSITZENDER DES SENIORENBEIRATES
DER STADT SUHL

Hetze statt Argumentation

kennzeichnet die kontinuierlich geführte Kampagne, die auf eine Spaltung der Partei DIE LINKE. hinauslaufen kann. Falls ein Kalkül dahinter steht, ist es ein einfaches, ja primitives: Man unterstellt dem äußerst populären Duo Wagenknecht/Lafontaine (ohne sie gäbe es die Partei und ihre Erfolge so nicht) fernab der Realität rechte, rassistische Tendenzen, nach dem alten demagogischen Grundsatz, dass, wer nicht „unsere“ Meinung vertritt, die Geschäfte der Rechten, der Rechts-extremen besorgt, und schießt aus vielen medialen Rohren gegen dieses Duo. Dabei ist kennzeichnend, dass die Angriffe den Anschein einer „theoretischen“ Begründung haben. Pseudolinke Thesen werden entwickelt, die den Anschein erwecken, sich an der Notwendigkeit eines neuen Internationalismus, der von neuen weltweiten sozialen Subjekten getragen wird, zu orientieren. Da kommen dann Aussagen zustande, die geeignet sind, große Teile der linken Wähler vollends zu vergraulen.

Da wird ein Artikel mit der Überschrift „Die Linke wird antinational sein, oder sie wird nicht sein“ lanciert.

Wer möchte eine antinationale Partei haben und wählen? Schon die Vorstellung ist grauslich. Wer Inter-

nationalist ist, kann nicht antinational sein, er ist konsequent antinationalistisch. Antinationalistisch zu sein heißt, alle die eigene Nation überhöhen, rassistisch-völkischen Denkweisen und Politiken konsequent zu bekämpfen. Als Bürger der BRD haben wir, insbesondere wenn wir deutsche Wurzeln haben, ausgehend von unserer Geschichte eine besondere Verantwortung, ja Verpflichtung, antinationalistisch zu sein. Das impliziert insbesondere, stets für eine friedenssichernde nationale Politik nach außen einzutreten, dafür zu sorgen, dass von deutschem Boden nie wieder Krieg ausgeht. Wer antinational ist, überlässt das Nationale – die positiven nationalen Traditionen und Leistungen, aber auch die furchtbaren Seiten der nationalen Geschichte – den Nationalisten. Das ist das Gegenteil von nationaler Verantwortung.

In einem anderen Beitrag unter dem Titel „Der Wohlfahrtsstaat hat Grenzen“ wird behauptet, dass ein „nationaler Sozialstaat mit humanistischer Asylpolitik“ „keine linke Antwort auf den globalisierten Kapitalismus, sondern eine Bankrotterklärung“ sei. Einer solidarischen linken Politik, die in internationalistischer Verantwortung den Kampf für mehr soziale Gerechtigkeit und

für die Aufnahme von Hunger und Tod Bedrohten und politisch Verfolgten in der BRD führt, wird das Prädikat „Bankrotterklärung“ verliehen, verbunden mit der Behauptung, dass „eine LINKE, die dem Kurs von Wagenknecht folgt“, „seit Jahren um die weißen, männlichen Stammtische mit AfD-Affinität“ „kreist“, „weil diese ihrer antiquierten Vorstellung des »Volkes« entsprechen.“ Diese blödsinnige unverschämte Unterstellung mündet in einer noch unverschämteren Diffamierung: „Das größte Missverständnis der gegenwärtigen Debatte ist dabei, dass Sahra Wagenknecht dadurch gewissermaßen die soziale Frage, das Unten und die Ausgeschlossenen repräsentiere. Diese Deutung ist eine große Lüge.“

Wo aber finden wir solche Beiträge? Sie finden sich im Leitmedium der Angriffe auf die Co-Fraktionsvorsitzende der Fraktion der Partei DIE LINKE. im Deutschen Bundestag. Dieses Leitmedium ist nicht irgendein Blog sich selbst als links verstehender Spinner, sondern Neues Deutschland, das in diesen Zusammenhängen gern von Mainstreammedien assistiert wird. Und die Parteivorsitzenden distanzieren sich nicht von diesen Angriffen.

-ECKHARD GRIEBEL-



Am 5. Dezember überraschten Vertreter von Stadtvorstand und Fraktion der Suhler LINKEN die Suhler Tafel mit gut gefüllten Tüten. Diese wurden in der REWE-Kaufhalle von Frau Fiedler erworben und mit frischem Obst ergänzt. Ein Tropfen auf den heißen Stein – aber auch ein Tropfen gegen die soziale Kälte. Zusätzlich gab's Unterstützung der Suhler Kindertafel durch das Wahlkreisbüro unserer Landtagsabgeordneten Ina Leukefeld. Nochmals herzlichen Dank für die tolle engagierte Arbeit der Suhler Tafel, insbesondere an Chefin Martina Sawitzki. Foto: E. Griebel

Rot-Rot-Grün liefert!

Durch den Beschluss des neuen Kindertagesbetreuungsgesetzes mit den Stimmen der r2g-Mehrheit im Thüringer Landtag ist mit der garantierten Beitragsfreiheit im letzten Kita-Jahr, der Verbesserung des Betreuungsschlüssels und der Stärkung der Rechte von Eltern und Kindern ein zentrales Vorhaben der Koalition verwirklicht worden. Die durchschnittliche Entlastung beträgt pro Kind laut Bildungsminister Helmut Holter (DIE LINKE) 1440 EURO im Jahr. Die Fraktionen von CDU und AfD enthielten sich der Stimme.

Termine Januar / Februar 2018

Fr 05.01.	10.00 Uhr	Gedenken an die antifaschistische Widerstandsgruppe Friedberg, Alter Friedberg, Wendeschleife
Sa 06.01.	19.30 Uhr	Gregor Gysi Buchlesung, Gagarinsaal
Mo 08.01.	18.00 Uhr	Stadtratsfraktion DIE LINKE, Geschäftsstelle
Di 09.01.	17.30 Uhr	Stadtvorstand DIE LINKE, Geschäftsstelle
Mi 10.01.	14.00 Uhr	Geburtstagsrunde, Geschäftsstelle
Sa 13.01.	09.00 Uhr	Gesamtmitgliederversammlung, Hotel Michel
So 14.01.	10.00 Uhr	Gedenken an Karl und Rosa, Stadtpark
Mo 15.01.	18.00 Uhr	Stadtratsfraktion DIE LINKE, Geschäftsstelle
Di 16.01.	17.30 Uhr	Stadtvorstand DIE LINKE, Geschäftsstelle
Do 18.01.	19.00 Uhr	Gesprächsforum Alternativ mit dem Thüringer Bildungsminister Helmut Holter (DIE LINKE.), CCS Türmchen
Fr 19.01.	09.30 Uhr	Erwerbslosenfrühstück, Geschäftsstelle
Mo 22.01.	18.00 Uhr	Stadtratsfraktion DIE LINKE, Geschäftsstelle
Do 25.01.	18:00 Uhr	Vortrag zum Rechtsextremismus Referent: Thomas Schulz, Thür. Amt für Verfassungsschutz, Volkshochschule
Sa 27.01.	10.00 Uhr	Gedenkveranstaltung der Stadtverwaltung Suhl und des TVVdN/BdA zum internationalen Gedenktag für die Opfer des Holocaust; Altes Rathaus
Mo 29.01.	18.00 Uhr	Stadtratsfraktion DIE LINKE, Neues Rathaus
Mo 05.02.	18.00 Uhr	Stadtratsfraktion DIE LINKE, Geschäftsstelle
Di 13.02.	17.30 Uhr	Stadtvorstand DIE LINKE, Geschäftsstelle
Di 13.02.	19.00 Uhr	Politischer Aschermittwoch, Großer Saal CCS

Schule machen!

Politische Weichenstellungen für eine zukunftsfähige Schule

Donnerstag, 18.01.2018

18.00 Uhr

CCS, Türmchen

Die von der Rot-Rot-Grünen Regierung eingesetzte Kommission „Zukunft Schule“ hat Empfehlungen für die zukunftsfähige Ausgestaltung des Thüringer Schulsystems vorgelegt. Diese werden nun in einem Werkstattprozess mit allen Beteiligten ausgehandelt. Ziel ist es, effiziente Strukturen für die Thüringer Schullandschaft und damit die Rahmenbedingungen für eine Thüringer Unterrichtsgarantie zu schaffen.

Vortrag und Diskussion mit dem Thüringer Bildungsminister Helmut Holter (DIE LINKE.)
Moderation: Ina Leukefeld (MdL/Die LINKE.)

Eine Veranstaltung des Gesprächsforums „Alternativ“ und der Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen e.V.

HARTZ IV-Beratung der Partei DIE LINKE. Suhl

Kostenlos, unabhängig, seriös
Für alle Leistungsbezieher/innen
Bitte melden Sie sich per Mail an: Beratung-linkspartei@gmx.de
oder tel. 03681/308158

Kuba braucht unsere Hilfe

Mitte September wütete der Hurrikan Irma auf Kuba in unvorstellbarer Wucht. Kuba kann es nicht alleine schaffen und benötigt dringend internationale Hilfe. Nach dem Vorbild der Cuba si Regionalorganisation Wartburgkreis wird der Stadtverband Suhl eine Unterstützungsaktion starten.

Wer sofort helfen möchte überweist eine Spende an:

NETZWERK CUBA e.V.
DE58 1001 0010 0032 3331 00
BIC: PBNKDEFF

Verwendungszweck „Spende Hurrican Irma“